

Buddhistischer Verein „Panchen Losang Chogyen GelugZentrum“

Statuten

§ 1: Name, Sitz und Tätigkeitsbereich

1. Der Verein führt den Namen:
„Buddhistischer Verein: Panchen Losang Chogyen GelugZentrum“
2. Er hat seinen Sitz in Wien und erstreckt seine Tätigkeit auf Österreich und ist im Zentralen Vereinsregister (ZVR) unter der Zahl 961268084 registriert.

§ 2: Zweck

Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, bezweckt

1. die Bewahrung und das Studium buddhistischer Mahayana Lehren insbesondere die Berücksichtigung der Lehren in der Tradition von Lama Tsong Khapa wie sie gelehrt werden von Lama Thubten Yeshe und Lama Thubten Zopa Rinpoche im Rahmen von FPMT (Foundation for the Preservation of the Mahayana Tradition) unter der Beratung von S.H. Dalai Lama,
2. die Förderung der buddhistischen Werte Weisheit und Mitgefühl allen Wesen gegenüber;
3. weiters fühlt er sich verpflichtet, eine harmonische Umwelt zu kreieren und
4. er begegnet den verschiedenen buddhistischen und anderen religiösen Traditionen offen.

Gemeinnützigkeit des Vereins

1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige bzw. kirchliche Zwecke im Sinne der §§ 34 ff der Bundesabgabenordnung.
2. Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
3. Die Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
4. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Mitgliedschaften des Vereins

1. Der Verein ist Mitglied der gesetzlich anerkannten Österreichischen Buddhistischen Religionsgesellschaft (ÖBR) mit Sitz in Wien.
2. Der Verein ist Mitglied von FPMT Inc. mit Sitz in den USA und folgt deren Richtlinien und akzeptiert die spirituelle Leitung von FPMT Inc. ohne dass finanzielle, gesellschaftsrechtliche oder anderweitige Verflechtungen bestehen oder eingegangen wurden. FPMT ist ein weltweites buddhistisches Netzwerk.

§ 3: Tätigkeit zur Erreichung des Vereinszwecks und Aufbringung von Mitteln

- (1) Der Vereinszweck soll durch die in den Abs. 2 und 3 angeführten ideellen und

materiellen Mittel erreicht werden.

1. Als zur Verwirklichung des Vereinszwecks vorgesehene Tätigkeiten dienen Vorträge, Einladungen erfahrener Lehrer/innen, die ausschließlich zur Verwirklichung der Vereinsziele tätig sind (gemäß FPMT), Kurse, Seminare, Wanderungen, Pilgerreisen, Diskussionsabende, Herausgabe eines Mitteilungsblattes, Einrichtung einer Bibliothek, Herausgabe von Texten, Bild- und Tonaufnahmen und andere Aktivitäten. Der Verein hat den Auftrag von Anmietung, Errichtung und Erhaltung von Räumlichkeiten die geeignet sind, zur Verwirklichung des Vereinszweckes zu dienen.
2. Der Verein beschafft Finanzmittel und verwendet diese zur Erreichung seiner Vereinszwecke. Ein Teil hiervon wird freiwillig an z.B.: die "Gesellschaft zur Erhaltung der Mahayana Tradition" (FPMT Inc.) zweckgebunden für die Förderung der buddhistischen Religion (z.B. zur Ausbildung von Lehrern, zur Errichtung von Gebetsstätten) weitergeleitet.
- (4) Der Verein arbeitet mit Organisationen und Einrichtungen zusammen, die gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen, sei es auf nationaler oder internationaler Ebene. Der Verein regelt seine Angelegenheiten selbständig.
- (5) Die erforderlichen materiellen Mittel sollen insbesondere aufgebracht werden durch
 - (a) Beitrittsgebühren und Mitgliedsbeiträge,
 - (b) Erlöse aus Veranstaltungen,
 - (c) vereinseigene Unternehmungen,
 - (d) Vermietungen der Vereinsräumlichkeiten,
 - (e) Förderungsbeiträge von Gemeinde, Land, Bund oder anderen Förderstellen und der Europäischen Union sowie
 - (f) Spenden, Sammlungen, Vermächtnissen und sonstige Zuwendungen.

§ 4: Arten der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitglieder des Vereins gliedern sich in ordentliche und außerordentliche Mitglieder, sowie Ehrenmitglieder.
- (2) Ordentliche Mitglieder sind jene, die sich voll an der Vereinsarbeit beteiligen.
- (3) Außerordentliche Mitglieder sind solche, die die Vereinstätigkeit vor allem durch Zahlung eines erhöhten Mitgliedsbeitrags fördern.
- (4) Ehrenmitglieder sind Personen, die hiezu wegen besonderer Verdienste um den Verein ernannt werden.

§ 5: Erwerb der Mitgliedschaft

- (1) Mitglieder des Vereins können alle natürlichen und juristischen Personen sowie rechtsfähige Personenvereinigungen werden, die bereit sind, im Sinne der buddhistischen Lehre zum Vereinszweck beizutragen. Die letzten beiden können nur den Status einer außerordentlichen Mitgliedschaft erwerben.
- (2) Der Antrag auf Aufnahme in den Verein ist schriftlich beim Vorstand einzureichen.
- (3) Über die Aufnahme von ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern entscheidet der Vorstand. Die Aufnahme kann ohne Angabe von Gründen verweigert werden.
- (4) Die Ernennung zum Ehrenmitglied erfolgt auf Antrag des Vorstands durch die Generalversammlung.

§ 6: Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft der natürlichen Personen erlischt durch Tod, bei juristischen Personen und rechtsfähigen Personengesellschaften durch Verlust der

Rechtspersönlichkeit, durch freiwilligen Austritt und durch Ausschluss.

- (2) Der freiwillige Austritt kann jederzeit erfolgen. Er muss dem Vorstand schriftlich mitgeteilt werden.
- (3) Der Vorstand kann ein Mitglied ausschließen, wenn dieses trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung unter Setzung einer angemessenen Nachfrist länger als sechs Monate mit der Zahlung der Mitgliedsbeiträge im Rückstand ist. Die Verpflichtung zur Zahlung der fällig gewordenen Mitgliedsbeiträge bleibt hievon unberührt.
- (4) Der Ausschluss eines Mitglieds aus dem Verein kann vom Vorstand auch wegen grober Verletzung anderer Mitgliedspflichten und wegen unehrenhaften Verhaltens verfügt werden.
- (5) Die Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft kann aus den im Abs. 4 genannten Gründen von der Generalversammlung über Antrag des Vorstands beschlossen werden.

§ 7: Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Die Mitglieder sind berechtigt, an allen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen und die Einrichtungen des Vereins zu beanspruchen. Das Stimmrecht in der Generalversammlung sowie das aktive und passive Wahlrecht stehen nur den ordentlichen und den Ehrenmitgliedern zu.
- (2) Jedes Mitglied ist berechtigt, vom Vorstand die Ausfölgung der Statuten zu verlangen.
- (3) Mindestens ein Zehntel der Mitglieder kann vom Vorstand die Einberufung einer Generalversammlung verlangen.
- (4) Die Mitglieder sind in jeder Generalversammlung vom Vorstand über die Tätigkeit und finanzielle Gebarung des Vereins zu informieren.
- (5) Die Mitglieder sind vom Vorstand über den geprüften Rechnungsabschluss (Rechnungslegung) zu informieren. Geschieht dies in der Generalversammlung, sind die Rechnungsprüfer einzubinden.
- (6) Die Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen des Vereins nach Kräften zu fördern und alles zu unterlassen, wodurch das Ansehen und der Zweck des Vereins Abbruch erleiden könnte. Sie haben die Vereinsstatuten und die Beschlüsse der Vereinsorgane zu beachten.
- (7) Die ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder sind zur pünktlichen Zahlung der Beitrittsgebühr und der laufenden Mitgliedsbeiträge, jeweils in der vom Vorstand festgelegten Höhe, verpflichtet. Der Vorstand bestimmt über zu gewährende Vergünstigungen in Abhängigkeit der Art der Mitgliedschaft. Ehrenmitglieder sind von der Beitragspflicht befreit.

§ 8: Vereinsorgane

Organe des Vereins sind die Generalversammlung (§§ 9 und 10), der Vorstand (§§ 11 bis 13), die Rechnungsprüfer (§ 14) und das Schiedsgericht (§ 15).

§ 9: Generalversammlung

- 1 Die Generalversammlung ist die Mitgliederversammlung im Sinne des Vereinsgesetzes 2002. Eine ordentliche Generalversammlung findet einmal jährlich statt.
2. Eine außerordentliche Generalversammlung findet auf Beschluss des Vorstands oder der ordentlichen Generalversammlung, oder auf schriftlich begründeten Antrag von mindestens einem Zehntel der stimmberechtigten Mitglieder, oder Verlangen der Rechnungsprüfer binnen vier Wochen statt.

3 Sowohl zu den ordentlichen wie auch zu den außerordentlichen Generalversammlungen sind alle Mitglieder mindestens zwei Wochen vor dem Termin schriftlich oder mittels elektronischem Kommunikationsmittel einzuladen. Die Anberaumung der Generalversammlung hat unter Angabe der Tagesordnung zu erfolgen. Die Einberufung erfolgt durch den Vorstand.

4. Anträge zur Generalversammlung sind mindestens 1 Woche vor dem Termin der Generalversammlung beim Vorstand schriftlich einzureichen. Über Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung, die erst in der Versammlung gestellt werden, beschließt der Vorstand.
5. Gültige Beschlüsse - ausgenommen solche über einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung - können nur zur Tagesordnung gefasst werden.
- 6 Bei der Generalversammlung sind alle Mitglieder teilnahmeberechtigt. Stimmberechtigt sind nur die ordentlichen und die Ehrenmitglieder. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Die Übertragung des Stimmrechts auf ein anderes Mitglied im Wege einer schriftlichen oder mündlichen Bevollmächtigung ist zulässig.
7. Die Generalversammlung ist bei Anwesenheit der Hälfte aller stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig. Ist die Generalversammlung zur festgesetzten Stunde nicht beschlussfähig, so findet die Generalversammlung 30 Minuten später mit derselben Tagesordnung statt, die ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschienenen beschlussfähig ist.
8. Die Wahlen und die Beschlussfassungen in der Generalversammlung erfolgen in der Regel mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Beschlüsse, mit denen das Statut des Vereins geändert oder der Verein aufgelöst werden soll, bedürfen jedoch einer qualifizierten Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen. (Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des/der Vorsitzendes/en den Ausschlag.). Stimmenthaltungen bleiben außer Betracht.
9. Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der/die Obmann/Obfrau, in dessen/deren Verhinderung sein/e/ihr/e Stellvertreter/in. Wenn auch diese/r verhindert ist, so führt das an Jahren älteste anwesende Vorstandsmitglied den Vorsitz.
10. Über den Verlauf der Generalversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom Vorsitzenden und dem protokollierenden Schriftführer zu unterzeichnen ist. Die Niederschrift soll Ort und Zeit der Versammlung, die Zahl der erschienenen Mitglieder, die Person des Versammlungsleiters, die Tagesordnung, die Beschlüsse, die Abstimmungsergebnisse und die Art der Abstimmung enthalten.
11. Die Generalversammlung ist nicht öffentlich. Der Vorstand kann Gäste zulassen.

§ 10: Aufgaben der Generalversammlung

Der Generalversammlung sind folgende Aufgaben vorbehalten:

- a) Entgegennahme und Genehmigung des Rechenschaftsberichts und des Rechnungsabschlusses unter Einbindung der Rechnungsprüfer;
- b) Wahl und Enthebung der Mitglieder des Vorstands und der Rechnungsprüfer;
- c) Genehmigung von Rechtsgeschäften zwischen Rechnungsprüfern und Verein;
- d) Entlastung des Vorstands;
- e) Verleihung und Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft;
- f) Beschlussfassung über Statutenänderungen und die freiwillige Auflösung des Vereins;
- g) Beratung und Beschlussfassung über sonstige auf der Tagesordnung stehende Fragen.

§ 11: Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus 6 Mitgliedern des Vereins. Drei Personen werden von der Generalversammlung mit einfacher Mehrheit auf 2 Jahre gewählt. Drei Mitglieder des

- Vorstands werden von FPMT Inc. ernannt.
2. Der Vorstand hat bei Ausscheiden eines gewählten Mitglieds das Recht, an seine Stelle ein anderes wählbares Mitglied zu kooptieren, wozu die nachträgliche Genehmigung in der nächstfolgenden Generalversammlung einzuholen ist. Fällt der Vorstand ohne Selbstergänzung durch Kooptierung überhaupt oder auf unvorhersehbar lange Zeit aus, so ist jeder Rechnungsprüfer verpflichtet, unverzüglich eine außerordentliche Generalversammlung zum Zweck der Neuwahl eines Vorstands einzuberufen. Sollten auch die Rechnungsprüfer handlungsunfähig sein, hat jedes ordentliche Mitglied, das die Notsituation erkennt, unverzüglich die Bestellung eines Kurators beim zuständigen Gericht zu beantragen, der umgehend eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen hat.
 3. Die Funktionsperiode des Vorstands beträgt 2 Jahre; Wiederwahl ist möglich. Jede Funktion im Vorstand ist persönlich auszuüben.
 4. Der Vorstand wird vom Obmann/von der Obfrau, bei Verhinderung von seinem/seiner/ ihrem/ihrer Stellvertreter/in, schriftlich oder mündlich einberufen. Ist auch diese/r auf unvorhersehbar lange Zeit verhindert, darf jedes sonstige Vorstandsmitglied den Vorstand einberufen.
 5. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn alle seine Mitglieder eingeladen wurden und mindestens die Hälfte von ihnen anwesend ist.
 6. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit; bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des/der Vorsitzenden den Ausschlag.
 7. Den Vorsitz führt der/die Obmann/Obfrau, bei Verhinderung sein/e/ihr/e Stellvertreter/in. Ist auch diese/r verhindert, obliegt der Vorsitz dem an Jahren ältesten anwesenden Vorstandsmitglied oder jenem Vorstandsmitglied, das die übrigen Vorstandsmitglieder mehrheitlich dazu bestimmen.
 8. Außer durch den Tod und Ablauf der Funktionsperiode (Abs. 3) erlischt die Funktion eines Vorstandsmitglieds durch Enthebung (Abs. 9) und Rücktritt (Abs. 10).
 9. Die Generalversammlung kann jederzeit den von ihr gewählten Vorstand oder einzelne dieser Mitglieder entheben. Die Enthebung tritt mit Bestellung des neuen Vorstands bzw. Vorstandsmitglieds in Kraft.
 10. Die Vorstandsmitglieder können jederzeit schriftlich ihren Rücktritt erklären. Die Rücktrittserklärung ist an den Vorstand, im Falle des Rücktritts des gesamten Vorstands an die Generalversammlung zu richten. Der Rücktritt wird erst mit Wahl bzw. Kooptierung (Abs. 2) eines Nachfolgers wirksam.
 11. Rechtsgeschäfte mit einem Betrag bzw. einer Gesamtverpflichtung über Euro 1.000 sind für den Verein nur verbindlich, wenn der Vorstand schriftlich zugestimmt hat.

§ 12: Aufgaben des Vorstands

Dem Vorstand obliegt die Leitung des Vereins sowie seine Vertretung nach außen. Ihm kommen alle Aufgaben zu, die nicht durch die Statuten einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. In seinen Wirkungsbereich fallen insbesondere folgende Angelegenheiten:

1. Einrichtung eines den Anforderungen des Vereins entsprechenden Rechnungswesens mit laufender Aufzeichnung der Einnahmen/Ausgaben.
2. Erstellung des Jahresvoranschlags, des Rechenschaftsberichts und des Rechnungsabschlusses.
3. Festsetzung der Höhe der Mitgliedschaft
4. Vorbereitung und Einberufung der Generalversammlung.
5. Information der Vereinsmitglieder über die Vereinstätigkeit, die Vereinsgebarung und den geprüften Rechnungsabschluss.
6. Verwaltung des Vereinsvermögens;
7. Aufnahme und Ausschluss von ordentlichen und fördernde Vereinsmitgliedern;
8. Aufnahme und Kündigung von Angestellten des Vereins.

9. Zusammenarbeit mit der europäischen und internat. Organisation (FPMT) und deren spirituellen Leiter (Lama Zopa Rinpoches und seinem Nachfolger).
10. Der Vorstand bestellt durch Mehrheitsbeschluss den Obfrau/Obmann = den/ die, Zentrumsdirektor/in. Diese/r wird von FPMT Inc. bestätigt. Verweigert FPMT Inc. die Bestätigung, so muss der Vorstand einen anderen ZentrumsdirektorIn (Obfrau/Obmann) bestellen. Das FPMT Inc. kann die Bestätigung jederzeit wieder entziehen.
11. Sollte der Vorstand einen Koordinator für das spirituelle Programm ernennen, so bedarf auch dieser der Bestätigung durch FMPT Inc.
12. Der Vorstand kann sich eine Geschäftsordnung geben.

§ 13: Besondere Obliegenheiten einzelner Vorstandsmitglieder

1. Der/die Obmann/Obfrau (ZentrumsdirektorIn) führt die laufenden Geschäfte des Vereins.
2. Der/die Obmann/Obfrau oder der/die Kassier/in vertritt den Verein nach außen. Schriftliche Ausfertigungen des Vereins bedürfen zu Ihrer Gültigkeit der Unterschriften des/der Obmanns/Obfrau und des/der Schriftführers/in, in vermögensrechtliche Angelegenheiten jene des/der Obmanns/Obfrau und des/der Kassiers/in.
3. Rechtsgeschäftliche Bevollmächtigungen, den Verein nach außen zu vertreten bzw. für ihn zu zeichnen, können ausschließlich von den in Abs. 2 genannten Vorstandsmitgliedern erteilt werden.
4. Bei Gefahr im Verzug ist der/die Obmann/Obfrau berechtigt, auch in Angelegenheiten, die in den Wirkungsbereich der Generalversammlung oder des Vorstands fallen, unter eigener Verantwortung selbständig Anordnungen zu treffen; im Innenverhältnis bedürfen diese jedoch der nachträglichen Genehmigung durch das zuständige Vereinsorgan.
5. Der/die Obmann/Obfrau führt den Vorsitz in der Generalversammlung und im Vorstand.
6. Im Fall der Verhinderung treten an die Stelle des/der Obmanns/Obfrau der/die Stellvertreter/innen.
7. Der/die Schriftführer/in führt die Protokolle der Generalversammlung und des Vorstandes.
8. Der/die Kassier/in ist für die ordnungsgemäße Gebarung des Vereins verantwortlich.
9. Weitere Vorstandsmitglieder unterstützen die Obfrau/den Obmann bei der Führung der Vereinsgeschäfte.
10. Der Vorstand ist ermächtigt, etwaige redaktionelle Änderungen dieser Statuten auf Anforderung zuständiger Behörden von sich aus vorzunehmen.

§ 14: Rechnungsprüfer

- (1) Die zwei Rechnungsprüfer werden von der Generalversammlung auf die Dauer von 2 Jahren gewählt. Wiederwahl ist möglich. Die Rechnungsprüfer dürfen keinem Organ - mit Ausnahme der Generalversammlung - angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Prüfung ist.
- (2) Den Rechnungsprüfern obliegen die laufende Geschäftskontrolle sowie die Prüfung der Finanzgebarung des Vereins im Hinblick auf die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung und die statutengemäße Verwendung der Mittel. Der Vorstand hat den Rechnungsprüfern die erforderlichen Unterlagen vorzulegen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Die Rechnungsprüfer haben dem Vorstand und der Generalversammlung über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.
- (3) Rechtsgeschäfte zwischen Rechnungsprüfern und Verein bedürfen der Genehmigung durch die Generalversammlung. Im Übrigen gelten für die Rechnungsprüfer die Bestimmungen des § 11 Abs. 8 bis 10 sinngemäß.

§ 15: Schiedsgericht

1. Zur Schlichtung von allen aus dem Vereinsverhältnis entstehenden Streitigkeiten ist das vereinsinterne Schiedsgericht berufen.
2. Das Schiedsgericht setzt sich aus drei ordentlichen Vereinsmitgliedern zusammen. Es wird derart gebildet, dass ein Streitteil dem Vorstand ein Mitglied als Schiedsrichter schriftlich namhaft macht. Über Aufforderung durch den Vorstand macht der andere Streitteil innerhalb von 14 Tagen seinerseits ein Mitglied des Schiedsgerichts namhaft. Nach Verständigung durch den Vorstand wählen die namhaft gemachten Schiedsrichter binnen weiterer 14 Tage ein drittes ordentliches Mitglied zum/zur Vorsitzenden des Schiedsgerichts. Bei Stimmgleichheit entscheidet unter den Vorgeschlagenen das Los. Die Mitglieder des Schiedsgerichts dürfen keinem Organ - mit Ausnahme der Generalversammlung angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Streitigkeit ist.
3. Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidung nach Gewährung beiderseitigen Gehörs bei Anwesenheit aller seiner Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit. Es entscheidet nach bestem Wissen und Gewissen. Seine Entscheidungen sind vereinsintern endgültig.
4. Der Vorstand legt Probleme, für die er keine Lösung findet, dem spirituellen Leiter der FPMT Inc. zur Entscheidung vor.

§ 16: Freiwillige Auflösung des Vereins

- (1) Die freiwillige Auflösung des Vereins kann nur in einer zu diesem Zweck einberufenen außerordentlichen Generalversammlung und nur mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden.
- (2) Diese Generalversammlung hat auch - sofern Vereinsvermögen vorhanden ist - über die Abwicklung zu beschließen. Insbesondere hat sie einen Abwickler zu berufen und Beschluss darüber zu fassen, wem dieser das nach Abdeckung der Passiven verbleibende Vereinsvermögen zu übertragen hat. Dieses Vermögen soll, soweit dies möglich und erlaubt ist, Aryatara Institut e.V., Deutschland zufallen, da sie als „Schwesterorganisation“, im Rahmen der FPMT Vereinigung, gleiche Zwecke und Ziele wie dieser Verein verfolgt (oder bei Auflösung von Aryatara, dann der internat. Organisation FPMT Italien) sonst anderen gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Organisationen im Sinne der §§ 34 ff BAO zugewendet werden, die ähnliche Ziele verfolgen.
- (3) Bei Wegfall des begünstigten Vereinszwecks gilt Abs. 2 sinngemäß.
- (4) Der letzte Vereinsvorstand hat die freiwillige Auflösung binnen vier Wochen nach Beschlussfassung der zuständigen Vereinsbehörde schriftlich anzuzeigen.